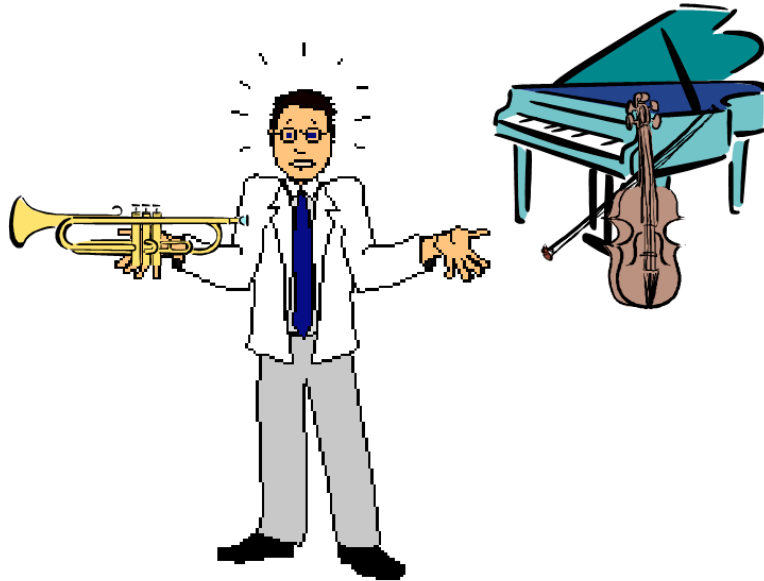


## *Instrumente der* **Umweltpolitik**



Der Homo Oeconomicus ist eine „Umweltsau“. Wer immer nur das ökonomische Prinzip befolgt, wird sein Marktverhalten kaum auf die (kurz- oder langfristigen) Folgen für andere Menschen oder ihre Umwelt abstimmen. Sein Handeln ist vielmehr darauf aus, möglichst viele Kosten zu „externalisieren“, d.h. anderen Marktteilnehmern aufzubürden. Wäre der Mensch tatsächlich ein Homo Oeconomicus, wie in ökonomischen Modellen meist unterstellt, wäre ein solches Verhalten auch als irrational zu beurteilen, da es ja nur um Gewinnmaximierung geht..

### **1) Erinnern Sie sich, was besagt das Modell des Homo Oeconomicus? Wie realistisch ist es Ihrer Meinung nach?**

Tatsächlich könnte der Umstand, dass Menschen sich nicht immer nur eigennützig verhalten, Anlass zur Hoffnung geben, dass Umweltprobleme bei wirtschaftlichen Entscheidungen nicht immer auf der Strecke bleiben. Menschen spenden, Menschen kümmern sich um Schwächere und gerade in den letzten Jahren wächst der Einsatz für Nachhaltigkeit, d. h. die Lebenschancen der Zukunft. Doch zeigt die Realität genauso, dass Anbieter und Nachfrager auf Märkten ohne staatliches Eingreifen doch oft zum Nachteil der Umwelt bzw. anderer Menschen entscheiden.

Deshalb ist eine dem Vorsorge- und Verursacherprinzip verpflichtete staatliche Umweltpolitik nötig – insbesondere weil von einer intakten Umwelt unsere Lebens- und damit auch Wirtschaftsgrundlagen abhängen.

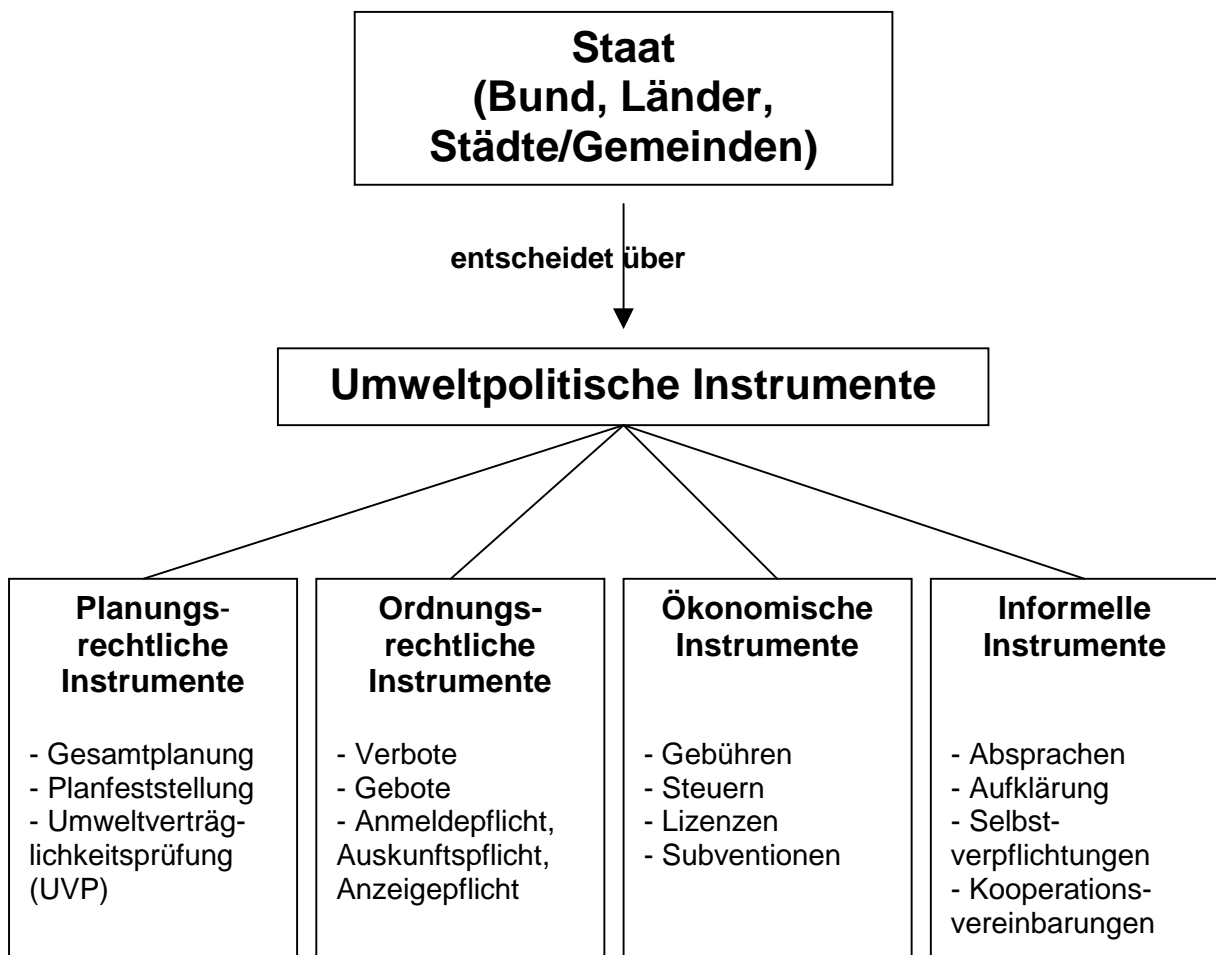
## Verursacherprinzip und Vorsorgeprinzip - Strategien für mehr ökonomische Gerechtigkeit

**Verursacherprinzip:** Sowohl aus Gerechtigkeitsgründen wie auch im ökonomische Sinne einer optimalen Allokation sollte der Staat Umweltkosten dem Verursacher zurechnen. Dadurch wird dieser gezwungen, die ansonsten externalisierten Kosten in seine interne Kostenrechnung einzukalkulieren. Bei Befolgung des Verursacherprinzips wird Gerechtigkeit zwischen den Marktteilnehmern *in der Gegenwart* angestrebt.

**Vorsorgeprinzip:** Märkte sind weitgehend zukunftsblind, auch die gängigen ökonomischen Modelle unterschlagen den Faktor Zeit. Da künftige Kosten der Umweltnutzung in der Regel nur unter Schwierigkeiten zu bestimmen sind und die Marktteilnehmer aus Konkurrenzgründen zudem kein Interesse an einer Beachtung haben, sollte der Staat Maßnahmen ergreifen, die die Marktteilnehmer zur Berücksichtigung von ökologischen Folgekosten anreizt. Dies dient im Zeitablauf einer besseren Ressourcenallokation und dient der Gerechtigkeit zwischen Marktteilnehmern *heute und morgen*.

Es stellt sich nun die Frag: Welche Möglichkeiten zur Gestaltung der Umweltpolitik hat der Staat? Welche Vor- und Nachteile weisen sie jeweils auf?

Hier zunächst ein Überblick über die Instrumente:



## Planungsrechtliche Instrumente

Planungsrechtliche Instrumente spielen vor allem eine Rolle, wenn öffentliche Baumaßnahmen durch den Bund, die Bundesländer, Städte oder Gemeinden geplant werden: bei jeder staatlichen **Gesamtplanung** müssen die finanziellen Mittel für den öffentlichen Haushalt (Etat) im Voraus festgelegt werden; dabei sind Umweltaspekte zu beachten, z. B. bei der Energie- oder Verkehrspolitik: Wird Geld für den Ausbau von zusätzlichen Autobahnen vorgesehen oder für neue Schienen?

Das **Planfeststellungsverfahren** ist sozusagen das Genehmigungsverfahren für *größere* Infrastrukturvorhaben (Flugplätze, Deponien, Gewässerausbauten), die eine Vielzahl von öffentlichen und privaten Interessen betreffen. Auch für den Bereich des Straßenbaus schreiben die Straßengesetze des Bundes und der Länder ein Planfeststellungsverfahren vor, unter anderem für neue Kreis-, Landes- und Bundesstraßen, wie auch für Autobahnen.

Für einzelne Projekte sind **Umweltverträglichkeitsprüfungen** vorgesehen. Mit dieser Prüfung sollen die direkten und indirekten Auswirkungen dieser Projekte auf Mensch, Flora und Fauna, Boden, Wasser, Luft, Klima, Landschaft, Sachgüter und kulturelles Erbe sowie die Wechselwirkung zwischen diesen verschiedenen Faktoren bestimmt werden. Erst wenn entsprechende Berichte vorliegen, kann ein konkretes Projekt in die Umsetzung gehen.

**2) Recherchieren Sie in der Lokalpresse oder im Internet nach aktuellen Bauvorhaben Ihrer Region. Inwiefern spielen dort Umweltaspekte bei der Planung eine Rolle?**

## Ordnungsrechtliche Instrumente

Staatliche Behörden können des Weiteren durch *Auflagen* ein bestimmtes umweltorientiertes Verhalten der Bürger vorschreiben.

*Verbote:*

*Gebote:*

*Anmeldepflicht:*

*Auskunftspflicht:*

*Anzeigepflicht:*

**3) Worin besteht der Unterschied zwischen den genannten ordnungsrechtlichen Instrumenten? Versuchen Sie sie, in eigenen Worten zu beschreiben.**

Ge- und Verbote sind in der Umweltpolitik der meisten Staaten verbreitet. Sie haben einige Vorteile: sie können durch die Politik einfach beschlossen werden, regeln Dinge klar, können überprüft werden und haben daher eine schnelle Wirksamkeit. Da sie alle Marktteilnehmer gleich behandeln, werden sie von Menschen oft als "gerecht" wahrgenommen.

Umweltpolitische Auflagen haben jedoch auch Nachteile:

- Wenn die Menschen das vorhandene Umweltproblem nicht verstehen, führen Auflagen oft zu Ärger und Verdruss über die Einmischung des Staates.
- Die Überprüfung der Einhaltung der Auflagen ist meist mit hohen Verwaltungskosten verbunden; diese müssen über staatliche Haushalte aufgebracht werden.
- Über das Einhalten der Gesetze hinaus besteht für die Marktteilnehmer kein Anreiz zu weiteren Umweltverbesserungen. Die Dynamik des Marktes bleibt ungenutzt, es wird kein Anreiz zu weiterem umwelttechnischen Fortschritt gegeben.
- Oberflächlich scheinen Auflagen "gerecht" zu sein, aber oft sind sie ökonomisch ineffizient: manche Marktteilnehmer haben hohe Kosten, die Auflagen einzuhalten, andere nur sehr geringe. Dadurch sind die Kosten für die Gesellschaft oft höher und der Nutzen für die Umwelt oft geringer als bei Einsatz von ökonomischen Instrumenten (siehe unten zu Lizenzen und Zertifikaten).

**Ökonomische/Marktwirtschaftliche Instrumente**

Ökonomische Instrumente setzen an der Theorie der "Externen Effekte" an: Da die Marktteilnehmer das "freie Gut Umwelt" kostenlos nutzen, schädigen sie es im Übermaß. Darum gehen ökonomische Instrumente davon aus, dass, wer die Umwelt als Produktionsfaktor nutzt, einen (Markt-)Preis dafür zahlen muss. Idealerweise ist der Preis genauso hoch wie die Schäden, die durch die Umweltnutzung entstehen. Die eingenommenen Mittel könnten dann vom Staat zur Behebung der Schäden eingesetzt werden. Als Instrumente kommen Umweltsteuern, -gebühren sowie (Emissions-)Lizenzen in Frage.

**4) Welche Umweltsteuern werden in Deutschland erhoben? In welchem Bereich existieren Emissionslizenzen?**

Da bei jeder Produktion Umwelt in Anspruch genommen wird, sind prinzipiell unzählige Arten von Umweltsteuern denkbar: In Frankreich werden aus Klimagründen ab 2020 Flugtickets extra besteuert, Italien führt Steuern auf Plastikverpackungen ein, in Schweden werden schon seit Jahren giftige Pflanzenschutzmittel (Pestizide) mit einer speziellen Steuer verteuert. In der EU wurde 2003 im Rahmen einer gesamteuropäischen **Ökologischen Steuerreform** eine Mindestbesteuerung auf Strom und Brennstoffe für alle Mitgliedstaaten eingeführt (Ökosteuern). In Deutschland wurden die dabei erzielten Einnahmen vor allem dazu verwendet, die gesetzlichen Rentenversicherungsbeiträge zu senken.

### **Kurzinfo CO<sub>2</sub>-Steuer**

#### **Was ist die Idee?**

CO<sub>2</sub> soll seinen Preis haben. Deswegen soll auf den Energieverbrauch eine Steuer erhoben werden. Je höher der Verbrauch ist, desto höher sollen der Aufpreis sein. Da aber Strom, Heizöl, Kohle und Benzin schon in unterschiedlicher Höhe besteuert werden, wird von den meisten Befürwortern der CO<sub>2</sub>-Steuer vorgeschlagen diese Steuersätze einerseits zu vereinheitlichen und je nach CO<sub>2</sub>-Ausstoß anzuheben.

#### **Wieso ist ein hoher CO<sub>2</sub>-Ausstoß schlecht?**

CO<sub>2</sub> ist ein Treibhausgas. Treibhausgase verhindern, dass die Wärme der Erde in den Weltraum entweicht. Ohne den Treibhauseffekt hätten wir Durchschnittstemperaturen von Minus 18 Grad Celsius. Aber der menschliche CO<sub>2</sub>-Ausstoß sorgt jährlich für etwa 32 Milliarden Tonnen zusätzlich in der Atmosphäre, wodurch sich die Erde immer mehr aufheizt. Bis zum Jahr 2100 wird mit einem mittleren Temperaturanstieg auf der Erde zwischen 2 und 4°C gerechnet. Bei jeder Erhöhung über 2°C sind die Risiken für unsere Zivilisation (Meeresspiegelanstieg, Ernteausfall, Wasserknappheit, Sturmschäden, Umweltflüchtende) kaum noch abzusehen.

#### **Warum wird jetzt über diese Steuer nachgedacht?**

Deutschland wollte seine Treibhausgasemission von 2005 bis 2020 um mehr als ein Drittel senken. Dazu hat es sich gegenüber den anderen EU-Staaten verpflichtet. Da wir dieses Ziel verfehlen werden, muss die Regierung den anderen Ländern Verschmutzungsrechte abkaufen. Die Steuerzahler kann das bis 2030 zwischen 30 bis 60 Milliarden Euro kosten. Die CO<sub>2</sub>-Steuer soll Bürger und Unternehmer motivieren, weniger CO<sub>2</sub> zu produzieren. Klimafreundliche Technologien könnten durch die Einnahmen gefördert werden. Auch die Bewegung „Fridaysfor Future“ fordert eine solche Steuer.

#### **Wie soll das konkret funktionieren?**

Mit dem sogenannten Klimapaket der Bundesregierung wurde beschlossen, dass ab 2021 ein Preis von 25 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> von seinen Verursachern gezahlt werden muss. Bis 2025 wird der Preis dann jährlich bis auf 55 Euro pro Tonne erhöht. Anbieter von Erdöl- und Kohleprodukten müssen die Preise an den Staat abführen und werden ihre Produkte entsprechend für die Allgemeinheit verteuern.

#### **Gibt es CO<sub>2</sub>-Steuern in anderen Ländern?**

Schon seit Anfang der 90er Jahre hat Schweden eine CO<sub>2</sub>-Steuer. Dort ist der Preis auch am höchsten, 111 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> werden dort fällig. Ölheizungen gibt es dort kaum noch, viele Haushalte heizen heute mit Biomasse. Gefolgt wird Schweden von der Schweiz (85 Euro/Tonne) und Finnland (62 Euro). Auch in Frankreich gibt es seit einigen Jahren eine CO<sub>2</sub>-Steuer (aktuell 44 Euro/Tonne). Die Bürgerinnen und Bürger werden in anderen Ländern auf unterschiedliche Art entlastet. In der Schweiz werden die Einnahmen über Rückerstattungen der Krankenkasse zurückgegeben.

#### **Wie wird sich so eine Steuer auf die Bürger auswirken?**

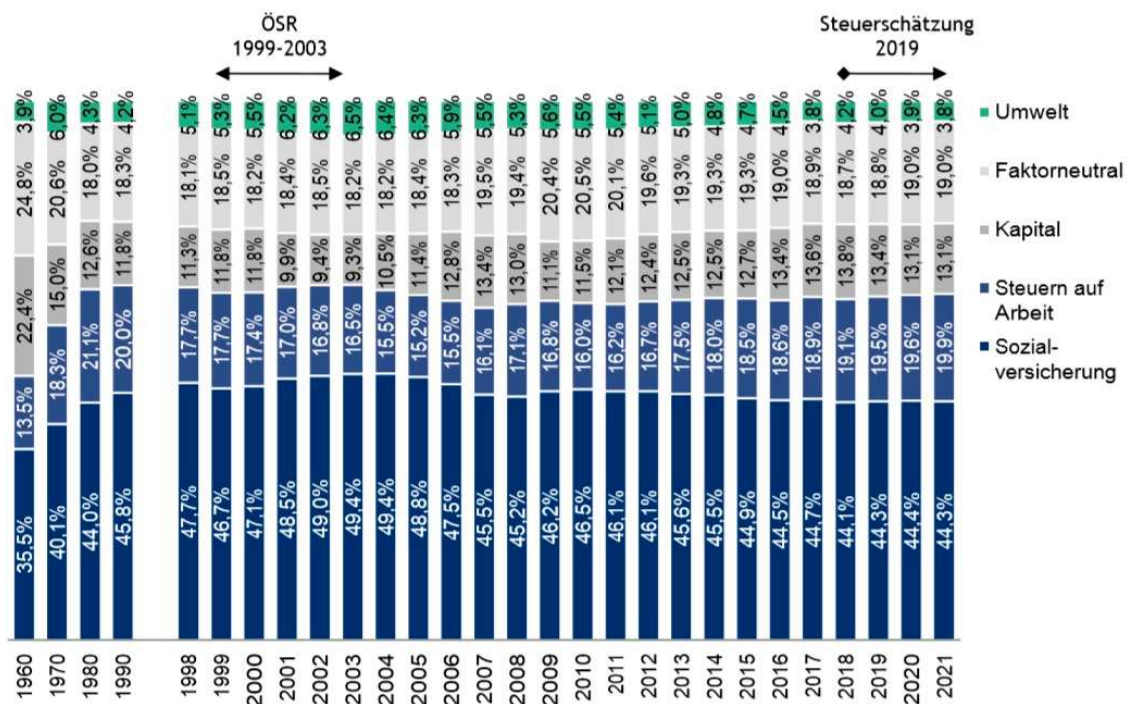
Für Menschen, die viel CO<sub>2</sub> produzieren, z. B. Vielflieger, würde es auf jeden Fall teurer, da sonst kein Anreiz bestünde, den Verbrauch zu senken. Es soll besonders darauf geachtet werden, einkommensschwache Haushalte nicht zusätzlich zu belasten. Deswegen werden die Mehreinnahmen wieder zum Bürger zurückfließen, zum Beispiel, indem die Pendlerpauschale für Berufspendler erhöht wird und die EEG-Umlage auf Strom reduziert wird.

## 5) Wie beurteilen Sie nach Lektüre des Textes die "CO2-Steuer"?

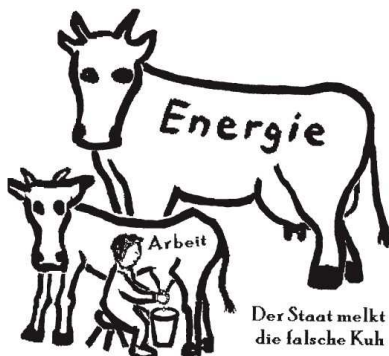
Umweltabgaben gewährleisten einen kostengünstigen Schutz der Umwelt: der Staat hat keinerlei Kosten zu überprüfen, ob Grenzwerte, Auflagen, Gebote eingehalten werden. Jeder Einzelne kann genau zwischen zu zahlender Abgabe und den Vermeidungskosten unterscheiden. Außerdem lösen sie ökonomische Anreize aus, technische Innovation voranzutreiben, um die Kosten des Umweltschutzes zu senken.

Umweltsteuern und -gebühren sind in der staatlichen Steuer- und Abgabepolitik ein sehr junges Instrument. Traditionell hat der Staat sein Steueraufkommen in der Regel auf andere Weise erhoben. Die folgende Übersicht zeigt, welche Produktionsfaktoren zu welchem Anteil durch staatliche Steuern und Abgaben belastet werden:

Abbildung 1: Faktoranalyse – Entwicklung des Aufkommens an Steuern und Abgaben seit 1960



Quelle: Förderverein Ökologische Steuerreform.

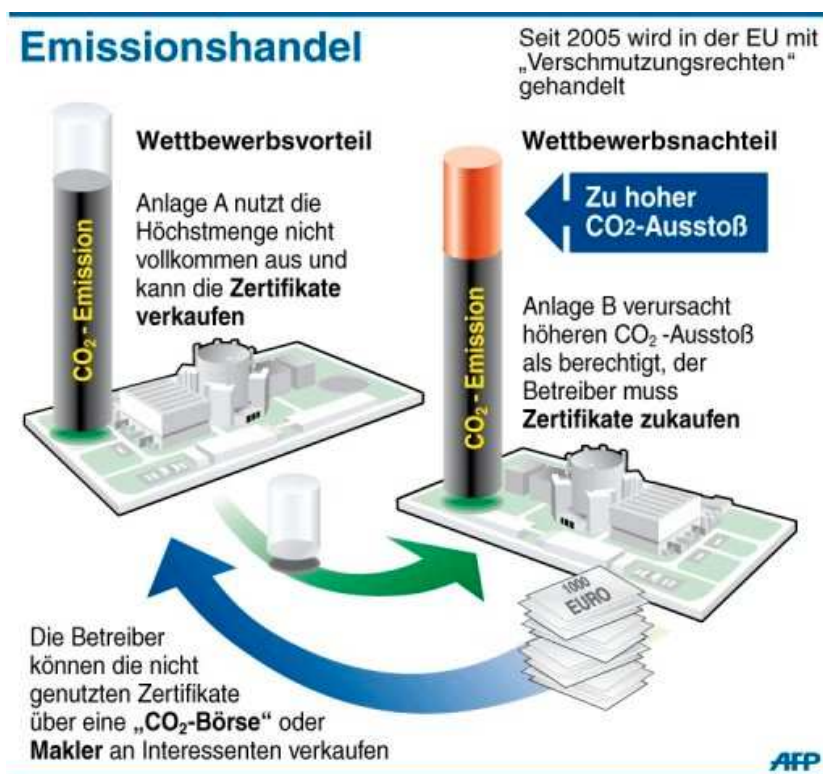


Quelle: Solarförderverein Aachen.

6) Erläutern Sie das obige Schaubild. Worauf erhebt der Staat die meisten Steuern und Abgaben?

7) Betrachten Sie dann die Karikatur. Inwiefern hängt sie mit dem Schaubild über das staatliche Steueraufkommen zusammen?

Ein weniger bekanntes Instrument sind die sogenannten **Emissionslizenzen oder -zertifikate**. Dabei wird die Preisbildung nicht wie bei der Steuer vom Staat beeinflusst, sondern vom Markt. Der Staat erhebt keinen Steuerbetrag, sondern legt eine Obergrenze für bestimmte Abgasemissionen fest (z.B. CO<sub>2</sub>). Die erlaubte Menge an Emissionen wird als Lizenz vom Staat an die Marktteilnehmer übertragen. Diese können nun damit handeln: Ein Unternehmen, das das betreffende Abgas emittiert, muss Emissionslizenzen kaufen. Dabei wägt es ab, ob der Preis der Emissionslizenz günstiger ist als die Kosten, die die Vermeidung der Abgase durch verbesserte Technologie entstünden. Wenn die Emissionslizenz billiger ist, wird das Unternehmen die Lizenz kaufen und weiterhin Abgase (in Höhe der Lizenz) produzieren. Wenn die Vermeidung durch verbesserte Technologie günstiger ist, wird das Unternehmen keine Lizenzen kaufen; es darf dann aber auch keine weiteren Abgase mehr produzieren. Durch Handel zwischen den Unternehmen gelangen die Emissionslizenzen zu den Unternehmen, für die die technische Vermeidung der Abgase sehr teuer wäre.



Um Kohlendioxidemissionen (CO<sub>2</sub>) zu reduzieren, wurde innerhalb der Europäischen Union 2005 der Emissionshandel für die Zement- und Papierindustrie eingeführt. Der Emissionshandel umfasst die Branchen, die besonders viele Emissionen verursachen. Inzwischen sind in den 28 EU-Staaten rund 12000 Unternehmen betroffen: Stromkonzerne,

Chemieunternehmen, Eisen- und Stahlwerke, Papier- und Kalkfabriken. Nicht beteiligt sind die Landwirtschaft und Privathaushalte<sup>1</sup>.

Emissionslizenzen gelten somit als sehr zielgenau für die staatlichen Umweltziele, weil die Obergrenze an Abgasen genau festgelegt werden kann. Weiterhin sind sie sehr kosteneffizient, weil über alle Unternehmen gesehen die Kosten minimiert werden: Ein Unternehmen kann ganz genau kalkulieren, wie hoch seine Kosten sind und ob sich der Erwerb von Lizenzen eher lohnt als die Abgasvermeidung. Und ebenso wie bei Umweltsteuern existieren ökonomische Anreize, die Abgasvermeidung technologisch voranzutreiben. Allerdings muss staatlicherseits überprüft werden, ob sich die betroffenen Unternehmen auch an die Abgasmenge halten, für die sie Lizenzen gekauft haben. Außerdem eignet sich das Instrument nur für Großindustrien und nicht Kleinverbraucher, die nur sehr schwer überprüft werden könnten.



**8) Ein häufig zu hörender Einwand gegen Emissionslizenzen ist, es ginge ja nicht an, dass Unternehmen das "Recht" zugesprochen bekämen die Umwelt zu schädigen. Was meinen Sie dazu?**

---

<sup>1</sup> Eine Sonderrolle spielt der Flugverkehr: Seit Januar 2012 mussten Fluggesellschaften für jede in Europa verursachte Tonne CO<sub>2</sub> zahlen. Nach Intervention der Luftfahrtgesellschaften wurden Flüge, die in Übersee starten oder dorthin fliegen, bis Ende 2021 von den Emissionslizenzen befreit.



Da Emissionszertifikate in der Praxis weit weniger gut funktionieren als in der Theorie und weil Steuern in der Öffentlichkeit wenig angesehen und somit politisch schlecht durchsetzbar sind, kamen Umweltpolitiker in den letzten Jahren auf ein altbekanntes ökonomisches Instrument zurück: das der Subvention. Dabei finden sich zwei Zielrichtungen einer umweltpolitischen Subventionspolitik:

- die **Einführung ökologischer Subventionen** und
- der **Abbau umweltschädlicher Subventionen**.

Gerade im Bereich der Energieeinsparung sind oft große Anfangsinvestitionen nötig, damit sich im Nachhinein deren Kosten durch geringere laufende Energiekosten einspielen (amortisieren). Doch fehlt manchen Eigentümern das Geldkapital für die Anfangsinvestition. So wird insbesondere im Bereich der energetischen Altbausanierung der Bedarf von staatlicher Subvention gesehen, damit Hausbesitzer die langfristig sinnvollen Baumaßnahmen angehen können. Selbst wenn ein Investor das nötige "Kleingeld" für eine ökologische Baumaßnahme hat, ist aus psychologischer Sicht der Anreiz, eine staatliche Subvention "mitnehmen" zu können, nicht zu unterschätzen: Der große Erfolg der sogenannten Umweltprämie für die Verschrottung von Altautos und den Kauf eines Neuwagens zur Zeit der Wirtschaftskrise 2009 (im Volksmund "Abwrackprämie" genannt) belegt diesen Effekt.

Umgekehrt finden sich beim Durchforsten staatlicher Haushalte zahlreiche Subventionen, deren Umweltwirkung negativ zu beurteilen ist, so z.B. Subventionen für Kohle- und Atomindustrie, aber auch undurchdachte Strukturprogramme für industriell abgeschlagene Regionen oder zu Gunsten einer Überversorgung mit Industriegebieten. Wenn diese abgeschafft werden, ist neben der Entlastung öffentlicher Haushalte gleichzeitig ein positiver Effekt für die Umwelt zu erwarten.

### **Informelle Instrumente**

Informelle Instrumente setzen vor allem auf Freiwilligkeit der Marktteilnehmer. Durch enge Kontakte zwischen Umweltpolitik und Unternehmen könnten diese sich bereiterklären, bestimmte Umweltziele einzuhalten. Ähnlich funktionieren Selbstverpflichtungen, wenn Unternehmen einer Branche aus freien Stücken Umweltziele formulieren und anstreben. In der Praxis ersetzen solche Selbstverpflichtungen oft schärfere staatliche Gesetze, die die Unternehmen durch freiwillige Zusagen zu verhindern versuchen.

Für die Privathaushalte, deren Anzahl zu groß ist, um individuelle Absprachen mit dem Staat zu treffen, könnten Aufklärungskampagnen, Bildungsmaßnahmen bewirken, dass sich die Menschen zu einem umweltgerechten Verhalten entscheiden.

**9) Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit sich ein Haushalt freiwillig zu einem umweltfreundlichen Verhalten entschließen kann?**

Zur Unterstützung der freien Entscheidung durch den Konsumenten gibt es staatliche und nicht-staatliche Initiativen. Verbraucherschutzverbände oder kommerzielle Anbieter wie die Zeitschrift ÖkoTest vermitteln Einsichten über das Energiesparen oder die Umweltverträglichkeit von Konsumprodukten. Der Staat trägt dazu bei, indem er durch Gesetze oder Verordnungen eine Kennzeichnungspflicht von Produkten durchsetzt. So sind Haushaltsgeräte in Energieeffizienzklassen eingeteilt, Lebensmittel müssen immer umfangreichere Angaben zu Herkunft und Inhalt des Produktes machen.

Handel und Industrie haben, angestoßen durch Biolandbau und fairen Handel, immer größeres Interesse, ein positives Markenimage auch in moralischer Hinsicht aufzubauen. Dazu wurden Labels entwickelt, die dem Verbraucher Aufschluss über die ethische Unbedenklichkeit des Produktes geben sollen. Kritiker beanstanden inzwischen, dass die immer größere Zahl an unterschiedlichsten Labels die Orientierung für den Verbraucher nicht einfacher machen, sondern nur zur Verwirrung beitragen.

*Einige der bekanntesten Labels:*



**10) Welche Vor- und Nachteile informeller Instrumente sehen Sie?**

## Lösungen:

- 1) Der sogenannte "Homo Oeconomicus" handelt streng nach dem ökonomischen Prinzip, d.h. er maximiert beständig seinen (messbaren) Nutzen (bei gegebenen Mitteln) bzw. er minimiert seinen Aufwand (bei gegebenem Ziel). Er liegt den meisten gängigen Marktmodellen zu Grunde.  
Das Modell gilt jedoch als unrealistisch, weil es beobachtbare Verhaltensweisen von echten Menschen nicht befriedigend erklärt, so zum Beispiel solidarisches Verhalten, Verantwortungsbewusstsein oder "irrationale" oder "chaotische" Reaktionen leibhaftiger Menschen. Des Weiteren unterstellt es, dass der Mensch sich über seine Ziele voll und ganz bewusst ist und diese beständig im Blick hat.
- 2) Eigene Recherche.
- 3) **Verbote:** Der Staat untersagt ein bestimmtes Verhalten, z.B. das Verklappen von giftigen Abfällen in der freien Natur.  
**Gebote:** Der Staat verlangt ein bestimmtes Verhalten, z.B. die Einhaltung gesetzlicher Grenzwerte für Umweltbelastungen.  
**Anmeldepflicht:** Der Staat verlangt im Voraus informiert zu werden, z.B. vor Inbetriebnahme eines Mobilfunksenders muss der Betreiber die zuständigen Behörden informieren.  
**Auskunftspflicht:** Auf Anfrage durch den Staat oder interessierte Bürger muss ein Unternehmen Informationen bereitstellen. Bsp.: Nach dem neuen europäischen Chemikalienrecht ("REACH") müssen Unternehmen innerhalb von 45 Tagen Auskunft über die Inhaltsstoffe ihrer Produkte geben.  
Näheres und Musterbrief zur Anfrage unter [www.reach-info.de/auskunftsrecht.htm](http://www.reach-info.de/auskunftsrecht.htm).  
**Anzeigepflicht:** Der Staat verlangt die freiwillige und unmittelbare Meldung von umweltrelevanten Vorfällen in Unternehmen, z.B. Störfälle in Atomanlagen.
- 4) Eigene Antwort.
- 5) Eigene Antwort.
- 6) Kaum ein anderes Land besteuert national den Faktor Arbeit so stark durch Steuern und Sozialabgaben wie Deutschland. Nur ca. 4% des Steueraufkommens verteuern Umweltressourcen, 60-70% des Steuer- und Abgabenaufkommens verteuern den Faktor Arbeit (und zwingen so die Unternehmen zusätzlich zur Substitution der teuren Arbeit durch billige Ressourcen oder Kapitaleinsatz). 19% der Steuern werden in der Grafik als "faktorneutral" bezeichnet. Dies ist aber irreführend, denn die betreffende Steuer (die Mehrwertsteuer) wird proportional auf den Warenwert berechnet. Der Warenwert setzt sich aber aus den eingesetzten Faktorkosten + den darauf anfallenden Steuern und Abgaben zusammen. Ökonomisch wird die Mehrwertsteuer also auf die bereits einkalkulierten Steuern und Abgaben aufgeschlagen, d.h. die hohen Abgaben auf Arbeit ziehen zusätzlich noch einmal höhere Aufschläge durch die Mehrwertsteuer nach sich. Verteilt man die vermeintlich faktorneutrale Mehrwertsteuer auf die Steuern auf die Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital so belastet in Deutschland die Struktur des Steuerwesens zu 70-80% den Faktor Arbeit.

- 7) Da Energie dem Faktor Natur zugerechnet wird, sollte eine Reform des Steuer- und Abgabensystems vor allem auf die Besteuerung von Energie anstatt der Arbeit abzielen. Wie im Kapitel Produktionsfaktoren dargestellt, liegt die Produktionsmächtigkeit von Energie bei 41% - doch nur 5% der gesamtgesellschaftlichen Produktionskosten fallen auf Energie. Die Produktionsmächtigkeit von Arbeit liegt nur bei 12% - doch 65% der Produktionskosten entfallen auf den Faktor Arbeit. Dieses Missverhältnis löst einen beständigen Kostendruck beim Einsatz von Arbeit aus sowie eine Kostenersparnis beim Einsatz von mehr oder weniger umweltbelastend erzeugter Energie. Durch eine Verschiebung von Steuern und Abgaben könnte man diesen Mechanisierungs- und Rationalisierungsdruck etwas abmildern.
- 8) Jede Produktion belastet in der einen oder anderen Form die Umwelt. Das Instrument der Emissionslizenzen versucht, die Nutzung der Umwelt in die Kostenrechnung zu integrieren.
- 9) Konsumenten benötigen die Einsicht, dass ihr Konsumverhalten ökologische Konsequenzen hat. Dazu gehören zum einen eine entsprechende Werthaltung, genügend relevante Informationen, die oft nicht leicht zu erhalten sind, und nicht zuletzt ein Einkommen, das das – oft etwas teurere – ökologische Produkt finanzieren kann.
- 10) Informelle Instrumente vertragen sich vor allem mit dem Freiheitsanspruch des modernen Menschen, der wirtschaftlichen Entscheidungsfreiheit in der Marktwirtschaft und einem hoch entwickelten Verantwortungsbewusstsein. Jedoch versagen die Märkte in Umweltfragen oft, weil Märkte in der Praxis recht zukunftsblind sind und die gegenwärtigen Gewinne höher einschätzen als zukünftige Verluste (geschweige denn Umweltkatastrophen). Darum sprechen informelle Instrumente meist nur die Gruppe von verantwortungsbewussten Menschen an (die sich diese Verantwortung leisten können) und Unternehmen, die ökologische Marktnischen besetzen. Um umweltgerechtes Verhalten auf breiter Ebene anzureizen, bedarf es meist doch ordnungsrechtlicher und ökonomischer Instrumente.